

Paradigmen sozialer Nachhaltigkeit

Autor(en): **Rieger, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **9 (1999)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-832869>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PARADIGMEN SOZIALER NACHHALTIGKEIT

Andreas Rieger

Unser Wirtschaftssystem ist zwar durchaus wachstumskräftig, produziert aus sich selbst heraus aber immer wieder Krisen und wachsende gesellschaftliche Ungleichgewichte. Das System stimuliert die Vermehrung des Reichtums eines Teiles der Gesellschaft und ist sehr unempfindlich gegen die relative Verarmung anderer Teile der Gesellschaft, die in der Folge in verschiedensten Konfliktformen auseinanderzufallen droht. Das liberale Wirtschaftssystem als solches ist sozial deshalb alles andere als massvoll und nachhaltig.

Wir erleben derzeit erneut eine brutale Desillusionierung bezüglich all jener Prophezeiungen, welche eine Überwindung der Kluft zwischen ärmeren und reicheren Nationen dank Globalisierung der Wirtschaft voraussagten: Bis vor 2 Jahren galten die "asiatischen Tiger" und das brasilianische Wirtschaftswunder noch als Beweis dafür, dass das globale Marktsystem aus sich selbst heraus einen Ausgleich schaffen würde. Heute ist davon nicht mehr die Rede und es wird wieder möglich, über soziale und politische Regulierungen ernsthaft zu diskutieren, welche für einen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich sorgen und die Krisenanfälligkeit des Systems thematisieren.

Auch in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren gezeigt, mit welcher Wucht die Marktkräfte die sozialen Differenzierungen fördern, wenn ihnen nicht Gegensteuer gegeben wird: Die Einkommens- und insbesondere die Vermögensdisparitäten wurden dabei "masslos"; ebenso der Gegensatz zwischen der wachsenden Arbeitszeit eines Teils der Vollbeschäftigten und der Arbeitslosigkeit eines anderen Teiles.

Die AHV als positives Paradigma

Nun gibt es in der Schweiz aber auch Elemente des gesellschaftlichen Systems, die äusserst nachhaltig für einen gewissen sozialen Ausgleich sorgen. Ein gutes Beispiel dafür ist die AHV.

Die AHV ist ideologisch in den letzten Jahren zwar aus dem Kurs gekommen. Es handle sich um eine nach dem "Giesskannen"-Prinzip funktionierende Versicherung, welche besser abgelöst würde durch eine "massvollere" öffentliche Bedarfsleistung einerseits und die individuell selbstverantwortete und angesparte Privatversicherung andererseits. Dabei ist die AHV doch ein sehr erfolgreiches Beispiel einer nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit schaffenden Institution:

- Sie hat bei sehr geringem administrativen Aufwand eine hohe Leistung erbracht.

- Sie hat über Jahrzehnte hinaus einen wichtigen Beitrag zum sozialen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Schichten geleistet und das Problem der schlimmsten Altersarmut (zusammen mit der EL) entschärft.
- Sie hat auch ständig wieder für neue Eigen-Akzeptanz gesorgt, indem immer wieder neue Generationen sinnlich wahrnehmbar die Bedeutung der AHV für die Existenzsicherung im Alter erleben konnten.

Heute wird zwar da und dort an den Leitungen der AHV geschraubelt, ein grösserer Abbau ihrer Leistungen haben auch neoliberale Politiker bis heute nicht gewagt. Die Kritik am "Giesskannenprinzip" und der staatlichen Versicherung ist gerade am Beispiel der AHV für grosse Teile der Bevölkerung durchschaubar: Bis weit in den Mittelstand hinein ist man froh, dass neben dem individuellen, risikobehafteten freiwilligen Sparen das AHV-Umlageverfahren für ein garantiertes minimales Einkommen im Alter sorgen wird. Ebenso ist klar, dass ein Herausnehmen von wohlhabenden Gesellschaftsgruppen aus dem AHV-System dieses nicht so sehr von unnötigen Rentenleistungen entlastet, als vielmehr den Anfang vom Ende der solidarischen generellen Beitragszahlung ohne Einkommensplafonds darstellt.

Lohnbildung als negatives Paradigma

Ist mit der AHV ein starker, sich selber reproduzierender Mechanismus des sozialen Ausgleiches verankert, so kann dies vom System der Lohnbildung in der Schweiz überhaupt nicht gesagt werden.

Die Lohnfestsetzung ist in der Schweiz nur sehr schwach reguliert, was in der letzten Zeit mehrere gute Noten für "Arbeitsmarktflexibilität" eingetragen hat. Effektiv war es insbesondere der lange ausgetrocknete Arbeitsmarkt, welcher für ein international gesehen relativ hohes Lohnniveau und eine nicht überdurchschnittliche Lohndifferenzierung gesorgt hatte. In einigen gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen halfen gesamt-arbeitsvertraglich geregelte Mindestlöhne nach. Die Krise der 90er-Jahre hat aber gezeigt, wie wenig nachhaltig die Lohnregulierung in der Schweiz geregelt ist. Nur gerade die gut organisierten Bereiche wie der Bau hielten dem jahrelangen Druck durch die Arbeitslosigkeit stand. In anderen Branchen wie der Gastwirtschaft/Hotellerie oder dem Detailhandel weiten sich prekär geregelte Tieflohnsektoren aus und führen dazu, dass heute immer mehr "working poor" gezählt werden, vollzeitig Erwerbstätige, deren Lohneinkommen für ein anständiges Leben nicht ausreicht. Gleichzeitig werden für glückliche Top-Angestellte masslose Boni ausbezahlt werden.

Der Effekt ist desaströs: Für die Lebensqualität der Betroffenen, die trotz grosser Arbeitsleistung auf keinen grünen Zweig kommen (vgl. die kürz-

lich erschienenen Studien von Caritas und vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund). Auch für die Fürsorgebudgets der Gemeinden hat die zunehmende Erwerbsarmut drastische Folgen. Schliesslich sind die tieferegreifenden Konsequenzen der sozialen Desintegration aufgrund extremerer sozialer Differenzierung für die Gesellschaft noch gar nicht ganz erfassbar.

Auf diesem Hintergrund ist es nur konsequent, wenn eine öffentliche Diskussion über das in der Schweiz bisher völlig tabuisierte Thema der Lohnbildung begonnen hat. Wie kann eine nachhaltige Lohnregulierung ausgehandelt werden, die allen Erwerbstätigen ein anständiges Einkommen aus eigener Tätigkeit sichert und ihnen über eine Partizipation an den Sozialversicherungen auch eine Absicherung gegenüber Risikosituationen erlaubt?

Natürlich wird der Forderung nach garantierten Mindestlöhnen gleich das Argument entgegengehalten werden, statt nachhaltig zu wirken, würden sie Arbeitsplätze und damit Einkommen zerstören. Eine jüngste Studie der OECD weist allerdings nach, dass kein Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden kann. Was sich jedoch bestätigt, ist die dämpfende Wirkung von Mindestlöhnen auf die Lohnspreizung.

Nachhaltigkeit ist zu wichtig, als dass man sie im sozialen Bereich allein dem Spiel der Marktkräfte überlassen könnte.

Kontaktadresse: Gewerkschaft Bau und Industrie, Postfach, 8021 Zürich
Tel: 01 295 15 15, Fax: 01 295 17 99